

Unabhängige |||||
Historikerkommission |||||
zur Geschichte des |||||
Reichsarbeitsministeriums
1933 – 1945 |||||

Babette Quinkert (Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin)

**ARBEITSEINSATZPOLITIK
IM BESETZTEN WEISSRUSSLAND 1941–1944**

Working Paper Series A | No. 7

eds. Elizabeth Harvey and Kim Christian Priemel

Working Papers of the Independent Commission of Historians
Investigating the History of the Reich Ministry of Labour
(*Reichsarbeitsministerium*) in the National Socialist Period

ISSN 2513-1443

© Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, 2017

Website: <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/Publikationen>

ISSN 2513-1443

All rights reserved. Any reproduction, publication and reprint in the form of a different publication, whether printed or produced electronically, in whole or in part, is permitted only with the explicit written authorisation of the UHK or the author/s.

This paper can be downloaded without charge from <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de> or from the Social Science Research Network electronic library. Information on all of the papers published in the UHK Working Paper Series can be found on the UHK's website.

Ökonomische Struktur vor und während der deutschen Besatzung

Für die ökonomische Struktur Weißrusslands vor und während der deutschen Besatzung ist es von zentraler Bedeutung, dass das Territorium Weißrusslands (geht man von den heutigen Grenzen aus) zwischen 1920 und 1939 geteilt war. Der westliche Teil gehörte zum polnischen Staatsgebiet, während der Osten Weißrusslands das Territorium der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik bildete. Im September 1939 besetzte die Rote Armee – entsprechend der Vereinbarungen im geheimen Zusatzabkommen des Hitler-Stalin-Paktes – den westlichen Teil Weißrusslands, der zum polnischen Staat gehörte. Das Gebiet, in dem etwa die Hälfte der Bewohner weißrussisch sprach, wurde in die Sowjetrepublik eingegliedert.

Während sich die östlichen Gebiete Weißrusslands entsprechend der sowjetischen Wirtschaftspolitik entwickelten und die großen Phasen des sogenannten Kriegskommunismus, der Neuen Ökonomischen Politik, der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und der forcierten Industrialisierung durchliefen, waren die westlichen, bis 1939 zum polnischen Staat gehörenden Gebiete eher von wirtschaftlicher Stagnation und nur geringer industrieller Entwicklung geprägt. Nach der Besetzung durch die Rote Armee und dem Anschluss an die Weißrussische Sowjetrepublik wurde zwar auch hier die ökonomische Struktur grundlegend umgebaut, dennoch blieben deutliche Unterschiede. So gab es – um nur ein Beispiel zu nennen – im Sommer 1941 im westlichen Teil Weißrusslands etwa 1.000 Kolchosen, im östlichen dagegen fast 10.000.

Ganz allgemein kann man sagen, dass die Deutschen mit Weißrussland im Sommer 1941 ein Territorium eroberten, das immer noch stark agrarisch geprägt war, in dem es aber durchaus eine entwickelte Industrie mit relativ modernen Fabriken gab. Von den insgesamt etwa 10,6 Millionen Bewohnern – Weißrussen, Polen, Juden, Litauer, Roma, Ukrainer – lebten etwa 8,6 Millionen auf dem Land (81 Prozent) und zwei Millionen in Städten (19 Prozent). In diese Zahlen noch nicht eingeschlossen ist eine unbekannte Anzahl von Personen – darunter viele Juden –, die 1939 vor der Wehrmacht aus den westpolnischen Gebieten nach Osten geflüchtet war.

Die deutsche Besatzungsverwaltung

Das Territorium Weißrusslands wurde nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 verschiedenen Verwaltungseinheiten zugeordnet. Die Verbände der Heeresgruppe Mitte eroberten das Land bis Ende August. Am 3. Juli 1941 wurde das rückwärtige Heeresgebiet Mitte eingerichtet und in der Folgezeit sukzessive ausgeweitet. Im Spätsommer gab die Militärverwaltung westliche Gebiete an die Zivilverwaltung unter dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete bzw. an Ostpreußen ab.

- Die größte Fläche im Osten verblieb während der gesamten Besatzungszeit als Rückwärtiges Heeresgebiet Mitte unter Militärverwaltung.
- Der Bezirk Bialystok wurde faktisch an Ostpreußen angeschlossen.
- Im Süden wurden Gebiete dem Reichskommissariat Ukraine zugeschlagen, d.h. den Generalkommissariaten Wolhynien-Podolien und Shitomir.
- Das restliche Territorium bildete das Generalkommissariat Weißruthenien (als Teil des Reichskommissariats Ostland). Von diesem Gebiet wurde im April 1942 noch ein Landstreifen im Norden an das Generalkommissariat Litauen abgegeben.

Dennoch darf man nicht von einer stabilen Situation ausgehen. Zwischen 1941 und 1944 nahmen Kriegsgeschehen und wechselnde Frontverläufe massiv Einfluss auf die Besatzungs- und damit auch auf die Arbeitseinsatzpolitik. Mit dem Vorrücken sowjetischer bzw. dem Rückzug deutscher Truppen wurde im Herbst 1943 das rückwärtige Heeresgebiet Mitte wieder aufgelöst. Die noch unter deutscher Herrschaft stehenden östlichen Gebiete Weißrusslands sowie Teile des Generalkommissariats Weißruthenien (GKW) bildeten nun rückwärtige Armeegebiete. Die südlichen Gebiete um Brest und Pinsk, die 1941 dem Reichskommissariat Ukraine zugeschlagen worden waren, gehörten seit Februar 1944 zum Territorium des GKW. Diese Angliederung geschah im Zusammenhang mit der Ausgliederung des GKW aus dem Reichskommissariat Ostland und seiner direkten Unterstellung unter den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Diese hatte Hitler bereits im Mai 1943 genehmigt; im Sommer 1943 war der direkte Schriftverkehr mit dem RMO eingeführt worden, die direkte Unterstellung erfolgte aber erst am 1. April 1944.

Der Apparat zur Steuerung und Mobilisierung von Arbeitskräften

Der Apparat zur Steuerung und Mobilisierung von Arbeitskräften im besetzten Weißrussland setzte sich aus unterschiedlichen Institutionen zusammen. Neben der speziell für die Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete geschaffenen Wirtschaftsorganisation Ost trat eine ganze Reihe weiterer Akteure auf, von denen die wichtigsten in der folgenden Übersicht genannt werden.

- Wirtschaftsorganisation Ost mit Wirtschaftsführungsstab Ost, Wirtschaftsstab Ost, Wirtschaftsinspektionen, Wirtschaftskommandos und Außenstellen;
- Militärverwaltung (insbesondere die Abteilungen VII – Kriegsverwaltung und Quartiermeisterabteilungen);
- Zivilverwaltung;
- Arbeitsämter;

- Ostgesellschaften, z.B. die Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H. (ZHO);
- Organisation Todt;
- Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA) mit Arbeitseinsatzkommissionen (sog. Sauckel-Kommissionen).

Von großer Bedeutung ist, dass die konkrete Durchführung der Arbeitseinsatzpolitik hauptsächlich bei der mit Einheimischen besetzten Verwaltung auf Rayon-, Stadt-, Gemeinde- und Dorfebene lag, die wiederum (verstärkt ab 1942) einheimische Hilfspolizeinheiten hinzuzog. Wir müssen uns immer wieder klarmachen, dass die deutsche Besatzungsmacht unter einem immensen Personalmangel litt und auf die Kooperationsbereitschaft der unteren, mit Einheimischen besetzten Verwaltungsstrukturen angewiesen war, um ihre Arbeitseinsatzpolitik überhaupt durchführen zu können.

Der Arbeitseinsatz im besetzten Gebiet und im Deutschen Reich

Die Arbeitseinsatzpolitik ist nicht zu verstehen, wenn wir sie isoliert von anderen Bereichen der Besatzungspolitik – wie z.B. Ernährungs- oder Sicherheitsfragen – betrachten. Sie war zum Beispiel aufs engste mit ernährungspolitischen Zielsetzungen verflochten. So markieren folgende Fragen ein zentrales Grundproblem der deutschen Besatzungsverwaltung:

Wer soll bzw. kann arbeiten?

Wer soll bzw. kann ernährt werden?

Als potentielles Arbeitskräftereservoir galten die einheimische Bevölkerung – sowohl in den Städten als auch auf dem Land, Teile der jüdischen Bevölkerung zunächst eingeschlossen – und Kriegsgefangene. In Weißrussland kam im Laufe der Besatzung darüber hinaus die bei den Rückzügen der Wehrmacht zwangsevakuierete Bevölkerung hinzu. Das von Beginn an bestehende und im Laufe der Besatzung noch wachsende Interesse an der Arbeitskraft von Zivilisten und Kriegsgefangenen geriet jedoch ständig in einen grundlegenden Konflikt mit den ernährungspolitischen Zielen – der Versorgung der Wehrmacht und der deutschen Bevölkerung durch die Ausbeutung der Ressourcen der besetzten sowjetischen Gebiete auf Kosten gerade dieser Personengruppen.

Dieses Spannungsverhältnis versuchte die Besatzungsverwaltung immer wieder durch Selektionen zu lösen: indem sie als arbeitsunfähig angesehene Personengruppen sterben ließ oder direkt ermordete, um mit den so „eingesparten“ Ressourcen den meist kleinen Teil der als arbeitsfähig Angesehenen zu ernähren (wenn auch – wie im Falle der jüdischen Bevölkerung – nur notgedrungen und auf Zeit).

Zu den wichtigsten Einsatzfeldern der Arbeitskräfte im besetzten Weißrussland gehörten:

- Landwirtschaft;
- Bauvorhaben (insbes. Eisenbahn- und Straßenbau);
- Forst- und Holzwirtschaft;
- Energiewirtschaft (Torfabbau);
- Textilindustrie;
- Militärische Aufgaben (Versorgung, Schneeräumen, Schanzarbeiten etc.).

Die Landwirtschaft war der aus deutscher Perspektive mit Abstand wichtigste wirtschaftliche Bereich in Weißrussland – entsprechend der bereits erwähnten Versorgungsplanungen. Hier waren auch die weitaus meisten Arbeitskräfte eingesetzt – im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte 1943 zum Beispiel 90 Prozent der dort registrierten drei Millionen Arbeitskräfte. Bezüglich der weißrussischen Industrie verfolgte die Besatzungsverwaltung anfangs eine Politik der Entindustrialisierung. Erhalten bleiben sollten lediglich jene Produktionsstätten, die ernährungspolitisch sinnvoll erschienen. Angesichts der sich verändernden Kriegsnotwendigkeiten wurde diese Tendenz 1942 allerdings leicht modifiziert. So entstand – um nur ein Beispiel zu nennen – 1942 in Minsk mit dem von deutschen Unternehmen unter der Leitung von Daimler-Benz organisierten Groß-K-Werk zur Reparatur von Militärfahrzeugen einer der größten Betriebe in den besetzten sowjetischen Gebieten. Unter den etwa 5.000 Beschäftigten befanden sich annähernd 1.000 Deutsche; das Werk verfügte über ein eigenes Kriegsgefangenenlager.

Zu den Haupteinsatzgebieten von Arbeitskräften gehörten in Weißrussland aber vor allem Bauvorhaben (v.a. Eisenbahn- und Straßenbau), die Forst- und Holzwirtschaft, die Textilindustrie sowie die Energiewirtschaft. Hinzu kamen Arbeiten, die in einem direkten militärischen Zusammenhang standen, wie die Versorgung der Wehrmachtseinheiten, Schanzarbeiten oder Schneeräumen. Hierzu wurden nicht nur Kriegsgefangene (sogenannte Hilfwillige oder Hiwis) herangezogen, sondern in einem sich im Laufe der Besatzungszeit ausweitenden Rahmen auch Zivilisten. Zum Bedarf nach Arbeitskräften in den genannten Einsatzgebieten kamen ab 1942 die Forderungen nach Arbeitskräften für den „Reichseinsatz“.

Während der ersten Monate der Besatzung gab es in Weißrussland noch keinen eklatanten Mangel an Arbeitskräften – im Gegenteil, es herrschte Arbeitslosigkeit in den Städten. Die erste Aufgabe von Arbeitsvermittlungsstellen und Arbeitsämtern war die Entlassung von Juden bzw. die Ersetzung der Arbeitskraft der ermordeten jüdischen Bevölkerung durch die Zuweisung von weißrussischen und polnischen Arbeitskräften. Ein in der Folgezeit stetig zunehmender Mangel an Arbeitskräften entstand ab 1942, verschärft durch den begrenzten Ausbau der Industrie, die forcierte Verschleppung zum „Reichseinsatz“ sowie die Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Konflikte zwischen den zentralen Anforderungen von Arbeitskräften zum „Reichseinsatz“ und

dem regionalen Bedarf bestanden bis zum Ende der Besetzung. Sie konnten zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd gelöst werden.

Die nach dem Ende des Krieges lange nachwirkende Auffassung, dass die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten bei den durchaus kontroversen Diskussionen um das konkrete Vorgehen – nicht nur im Bereich der Arbeitseinsatzpolitik – eine mäßigende Rolle gespielt habe, ist faktisch nicht zu belegen. Vertreter eines jeweils radikaleren Kurses sind quer durch alle Institutionen zu finden. Konfliktlinien verliefen vielfach jeweils *innerhalb* der zivilen und militärischen Strukturen, oftmals zwischen Politik- und Wirtschaftsabteilungen. Eine Unterscheidung in Pragmatiker einerseits und ideologische Fanatiker andererseits führt nicht weiter. Die zentralen Ziele aller Beteiligten waren die Erhaltung der deutschen Kriegsführungsfähigkeit, der Stabilität der „Volksgemeinschaft“ im Deutschen Reich sowie der fragilen Kooperationsbereitschaft der unterworfenen Gesellschaften. Im Mittelpunkt der deutschen Entscheidungen standen die Versorgung der deutschen Bevölkerung und der Wehrmacht, die Aufrechterhaltung der Produktivität und des „Arbeitseinsatzes“ sowie die „Sicherheit“. Angesichts des andauernden Krieges bestand das Hauptproblem des Herrschaftsapparates in den besetzten sowjetischen Gebieten in der kontinuierlich wachsenden Spannung zwischen kurzfristigen kriegswirtschaftlichen Ausbeutungszielen einerseits und politischen Kooperationszielen andererseits. Unterschiedliche Prioritäten in diesem Rahmen wurden in der Regel zugunsten der kriegswirtschaftlichen Interessen entschieden.

Bezüglich der Arbeitseinsatzpolitik ist noch hervorzuheben, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft innerhalb Weißrusslands quantitativ weit umfassender war als die Verschleppung von Arbeitskräften ins Reichsgebiet. Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt über zwei Millionen Weißrussen und Weißrussinnen Zwangsarbeit leisten mussten: mehr als 1,6 Millionen vor Ort und 386.000 im deutschen Reichsgebiet. Das heißt, dass die übergroße Mehrheit (etwa 75 Prozent) im besetzten Gebiet selbst ausgebeutet wurde. Über diesen Bereich des Einsatzes von Zwangsarbeit wissen wir – im Gegensatz zum „Reichseinsatz“ – bisher nur relativ wenig.

Parallelität von Werbung und Zwang

Nicht jeder Arbeitseinsatz in Weißrussland kann als Zwangsarbeit bezeichnet werden. Auch in diesem Bereich findet sich die ganze Spannbreite von massiven Zwangsmaßnahmen bis hin zur Freiwilligkeit. Gerade in Bezug auf Letztere muss für die besetzte Sowjetunion jedoch immer der besatzungspolitische Kontext mitgedacht werden, der von Massenverbrechen, Hunger, brutaler Repression, teilweise massiven Kriegszerstörungen etc. geprägt war. Auch das Instrumentarium und der Umfang von Zwangsmaßnahmen unterschieden sich deutlich von anderen besetzten Gebieten, z.B. in Westeuropa.

Verschiedene Formen des Zwangs bei der Mobilisierung von Arbeitskraft gab es seit Beginn der deutschen Besetzung. Sie existierten parallel zueinander, wurden im Laufe der Besetzung angepasst und waren – das ist wichtig – in den meisten Fällen mit Werbemaßnahmen kombiniert, also dem Einsatz von Flugblättern, Aufrufen im Rundfunk, Plakaten oder öffentlichen Versammlungen. Eine Ausnahme stellt hier nur die jüdische Bevölkerung dar. Für sie organisierte die Besatzungsverwaltung keinerlei Werbemaßnahmen; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, verordnete Mitte August 1941 für alle von den Nationalsozialisten als Juden definierten Personen zwischen dem 14. und 60. Lebensjahr Arbeitszwang. Für alle anderen Bereiche des Arbeitseinsatzes gilt, dass sowohl die Werbe- als auch die Zwangsmaßnahmen im Laufe der Besetzung massiv ausgebaut und miteinander verflochten wurden.

Zu den wichtigsten Druckmitteln bzw. Zwangsmaßnahmen gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung gehörten:

- „Arbeitspflicht“ in Kombination mit Strafandrohungen;
- Verknüpfung der Meldung beim Arbeitsamt mit der Ausgabe von Lebensmittelkarten;
- Auflagen an Verwaltungen;
- „Auskämmaktionen“;
- Razzien und regelrechte Treibjagden;
- Dienstverpflichtung von Jahrgängen;
- Gefangennahme und Selektion der Bevölkerung ganzer Gebiete in Rahmen von militärischen und polizeilichen Großoperationen;
- Zwangsweise Rückführung der Bevölkerung bei den Rückzügen;
- Einrichtung von „Zivilarbeitsdienstabteilungen“ (ZADAs).

Seit dem 5. August 1941 galt die von Rosenberg verfügte „Arbeitspflicht“ für Nichtjuden zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr. Diese Arbeitspflicht wurde in späteren Erlassen bekräftigt und generell auf 14- bis 65-Jährige ausgedehnt. Sie ging einher mit Strafandrohungen, die von der Prügelstrafe bis hin zur Todesstrafe reichten. Ein weiteres Druckmittel war die Verknüpfung der Meldung beim Arbeitsamt mit der Ausgabe von Lebensmittelkarten. Zudem erteilte die Arbeitsverwaltung den unteren Verwaltungsebenen Auflagen, innerhalb einer festgelegten Frist eine bestimmte Anzahl an Arbeitskräften zu stellen. Besondere Kommissionen wurden aufgestellt, die sogenannte Auskämmaktionen in Betrieben, Wehrmachtseinheiten, Verwaltungen und Lagern durchführten. Darüber hinaus gab es Razzien und regelrechte Treibjagden, bei denen Kinos, Märkte, ganze Stadtteile oder Dörfer mit Unterstützung von Polizeieinheiten umstellt wurden, um die „Arbeitsfähigen“ zu erfassen. Ab 1943 ging die Besatzungsverwaltung dazu über, ganze Jahrgänge zum Arbeitseinsatz zu verpflichten, und nutzte auch militärische und polizeiliche

Großoperationen gegen „Partisanen“, um die Bevölkerung ganzer Regionen gefangen zu nehmen und die aus ihrer Sicht arbeitsfähigen Personen herauszusuchen. Arbeitseinsatzpolitik und „Partisanenbekämpfung“ gingen Hand in Hand. Zu nennen sind auch die massenhaften sogenannten Evakuierungen im Rahmen der Rückzüge der Wehrmacht sowie die um die Jahreswende 1943/44 eingerichteten „Zivilarbeitsdienstabteilungen“ (ZADAs). Sie stellten den Versuch dar, alle als arbeitsfähig angesehenen Zivilisten in einer 100-Kilometer-Zone hinter der Front zu erfassen und in Lagern oder in geschlossenen Ortsteilen zu kasernieren. Schätzungen schwanken zwischen 60.000 und 95.000 Menschen, die in den ZADAs Zwangsarbeit leisten mussten.

Neben diesen zuletzt genannten Lagern hatte die Besatzungsverwaltung in Weißrussland seit 1941 – außer den Ghettos und Kriegsgefangenenlagern – ein ganzes Netz von Lagern geschaffen. Diese unterstanden keiner einheitlichen Organisation. Verschiedene Dienststellen ergriffen die Initiative und arbeiteten teilweise zusammen. So entstanden Zwangsarbeitslager bei den Baustellen der Organisation Todt, bei Torfwerken etc. ebenso wie Arbeitserziehungslager, von SS- und Polizeidienststellen organisierte Lager oder sogenannte Flüchtlingslager, in denen aus den östlichen, geräumten Gebieten zwangsevakuerte Menschen untergebracht wurden. Der weißrussische Historiker Sjarhej Novikaŭ gibt die Anzahl der Haftstätten und Lager, in denen zivile Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen festgehalten wurden, mit 254 an.

Der Einfluss von „Rasse“, Ethnizität, Geschlecht und Alter auf die Mobilisierung von Arbeitskraft

Die Zuschreibung von Kriterien wie „Rasse“ und Ethnie spielte bei der Arbeitseinsatzpolitik eine wichtige, aber nicht immer die entscheidende Rolle. Aus Sicht der Deutschen ließ sich die Bevölkerung der eroberten Gebiete in verschiedene, vermeintlich höher- bzw. minderwertige Gruppen aufteilen. Am unteren Ende der rassistischen Hierarchie standen Juden, die durch den nationalsozialistischen Antisemitismus von einer besonderen Verfolgung mit dem Ziel der Vernichtung betroffen waren, ebenso wie Roma. Ihnen folgten in der deutschen Bewertungsskala Polen, Russen, Weißrussen, Ukrainer, Litauer und sogenannte Volksdeutsche – um die Bevölkerungsgruppen zu nennen, die in Weißrussland lebten.

Diese rassistische Hierarchie nahm in der Praxis je nach Kontext und Zeitpunkt in unterschiedlichem Ausmaß Einfluss auf die Besatzungs- bzw. Arbeitseinsatzpolitik. Sofern sie mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Kriegsnotwendigkeiten in Konflikt geriet, dominierte ein pragmatischer und flexibler Umgang. Für Weißrussland zeigt sich dies unter anderem bei der Besetzung der unteren Verwaltungsebenen: Obwohl Polen deutlich schlechter angesehen waren als Weißrussen, die theoretisch bevorzugt werden sollten, setzte die Besatzungsmacht aus prag-

matischen Gründen vielfach doch Polen ein. Die deutsche Unterstützung polnischer, antisowjetischer Partisanenverbände ist ein weiteres Beispiel.

Bei der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen ließen sich rassistische Vorstellungen und arbeitspolitische Notwendigkeiten ebenfalls nicht immer in Einklang bringen. Als im Sommer 1941 in den besetzten sowjetischen Gebieten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlten, wurden nichtrussische Kriegsgefangene teilweise entlassen und zum Ernteeinsatz in ihre Heimatregionen geschickt. Dies entsprach der besonderen Abwertung der russischen Gefangenen, doch diese Kriterien rückten zunehmend in den Hintergrund. Bei der im Spätsommer getroffenen Entscheidung, die nichtarbeitsfähigen Kriegsgefangenen sterben zu lassen, standen nicht rassistische, sondern ernährungs- und arbeitspolitische Fragen im Zentrum. Das im Herbst 1941 einsetzende Massensterben verschärfte das Problem des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften, so dass die Behandlung der Kriegsgefangenen ab Frühjahr 1942 tendenziell verbessert wurde. Ende 1942 hatte der Mangel an Arbeitskräften innerhalb der Wehrmacht wiederum so große Ausmaße angenommen, dass das OKW entschied, eine halbe Million Hiwis nicht nur aus den ukrainischen, sondern vor allem aus den russischen Kriegsgefangenen zu rekrutieren. Dies hatte nicht zuletzt eine Umstellung in der Propaganda zur Folge: Russen wurden nunmehr als gleichberechtigte Partner im Kampf Deutschlands gegen den Bolschewismus präsentiert.

Die Zuordnung zu einer „Rasse“ oder Ethnie war also einerseits ein wichtiger Faktor, der Einfluss auf die Arbeitseinsatzpolitik nahm. Andererseits lässt sich auf deutscher Seite je nach Kontext und Zeitpunkt bzw. kriegswirtschaftlichen Interessen aber ein durchaus flexibler Umgang mit diesen Kategorien erkennen.

Alter und Geschlecht spielten bei der Arbeitskräftemobilisierung in Weißrussland schon deswegen eine zentrale Rolle, weil Frauen, Jugendliche und Kinder den bei weitem größten Teil der Zivilbevölkerung ausmachten und deshalb von der deutschen Arbeitseinsatzpolitik in besonderem Maße betroffen waren. Der ausgesprochen hohe Anteil von Frauen und die Altersstruktur der Bevölkerung erklären sich daraus, dass die meisten Männer im wehrfähigen Alter beim deutschen Überfall zur Roten Armee eingezogen worden waren. Beispielhaft möchte ich hier nur eine Zahl nennen: Ende 1942 ging die Wirtschaftsinspektion Mitte in ihrem Gebiet von 3,11 Millionen Erwerbstätigen aus, darunter rund zwei Millionen Frauen – das waren zwei Drittel aller Arbeitskräfte. Und auch unter den zum „Reichseinsatz“ verschleppten Personen waren die Frauen in der Mehrzahl.

Ähnlich sehen die Zahlen bei der Altersstruktur aus: Im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte waren 49,7 Prozent der männlichen Arbeitskräfte und 37,7 Prozent der weiblichen Arbeitskräfte unter 17 Jahre alt.

Im Laufe der Besatzung und mit dem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften gerieten immer jüngere Kinder in den Fokus der Arbeitsverwaltung. Die folgende Tabelle zeigt beispielhaft die Zahlen der zwischen August und November 1943 aus dem Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte verschleppten Kinder unter 14 Jahren.

Verschleppung von Kindern aus dem Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte		
Zeitraum	10–14-Jährige	Kinder unter 10 Jahren
August 1943	443	277
Mitte September bis Mitte Oktober 1943	359	1.234
November 1943	1.349	2.325
	2.151	3.836

Allein in diesem Zeitraum wurden also fast 6.000 Kinder unter 14 Jahren von den Deutschen als Arbeitskräfte deportiert. Zwischen Januar und Juni 1944 liegt deren Zahl – bezogen auf den Bereich der Heeresgruppe Mitte – bei etwa 11.000. Die bereits während des Krieges zur Aufklärung deutscher Verbrechen gegründete Weißrussische Staatliche Untersuchungskommission ging in einer Zwischenbilanz – die das Jahr 1944 noch nicht berücksichtigte – von einer Anzahl von 24.180 zum „Reichseinsatz“ deportierten Kindern aus.

Die Forschung nimmt inzwischen an, dass sich unter der Gesamtzahl der aus den sowjetischen Gebieten verschleppten „Ostarbeiter“ mehr als eine Million Kinder und Jugendliche befanden. Über die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die im besetzten Gebiet von der deutschen Besatzungsmacht ausgebeutet wurden, liegen keine Schätzungen vor. Das Thema Arbeitseinsatzpolitik in Weißrussland bzw. den besetzten sowjetischen Gebieten ist also auch ein Thema, bei dem wir mehrheitlich über Frauen, Kinder und Jugendliche sprechen.

Diese Personengruppen gehörten – neben alten Menschen – zugleich in besonderem Maße zu den Opfern der deutschen Vernichtungspolitik: sofern sie nämlich als „nicht arbeitsfähig“ eingestuft wurden, betrachtete die Besatzungsmacht sie als „unnütze Esser“, an deren Überleben sie kein Interesse hatte. Aus diesem Grund wurden zum Beispiel Frauen mit Kindern unter zehn Jahren bei den Rückzügen der Wehrmacht im Frühjahr 1944 nicht mit nach Westen „evakuiert“, sondern – wie bei Witebsk oder in dem bekannteren Fall der Lager bei Osaritschi – ins Frontgebiet abgeschoben und dem Tod überlassen. Auch hier zeigt sich die enge Verflechtung von Arbeitseinsatz- und Ernährungsfragen mit Massenverbrechen.

Schlussfolgerungen

Bei der Analyse der Arbeitseinsatzpolitik ist es wichtig, ihren Prozesscharakter zu berücksichtigen, also die massiven Veränderungen, die sich im Laufe der Besetzung und des sich verändernden Kriegskontextes erkennen lassen.

Wenn wir die Arbeitseinsatzpolitik isoliert betrachten, können wir die Verflechtungen und Wechselwirkungen mit anderen besatzungspolitischen Bereichen – wie Ernährungspolitik oder Sicherungspolitik – nicht erkennen. Diese Verflechtungen und Wechselwirkungen sind aber für das Verständnis des deutschen Vorgehens grundlegend.

In der Regel war die Arbeitseinsatzpolitik viel komplexer, als wir das gemeinhin annehmen. Und das gilt auch für das deutsche Vorgehen, das nicht statisch, sondern in hohem Maße flexibel war.

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

- Christoph Dieckmann, Babette Quinkert (Hg.), *Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen*, Göttingen 2015
- Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999
- Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin/Bonn 1986
- Ders. (Hg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991
- Sjarhej Novikau, *Wirtschaftliche Ausbeutung und Zwangsarbeit in Weißrussland während der deutschen Besetzung von 1941–1944*, in: Dieter Pohl, Tanja Sebta (Hg.), *Zwangsarbeit in Hitlers Europa. Besetzung, Arbeit, Folgen*, Berlin 2013, S. 129-163
- Dieter Pohl, Tanja Sebta (Hg.), *Zwangsarbeit in Hitlers Europa. Besetzung, Arbeit, Folgen*, Berlin 2013
- Babette Quinkert, *Terror und Propaganda. Die „Ostarbeiteranwerbung“ im Generalkommissariat Weißruthenien*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 47 (1999), S. 700-721
- Dies., *Propaganda und Terror in Weißrussland 1941–1944. Die deutsche „geistige“ Kriegführung gegen Zivilbevölkerung und Partisanen*, Paderborn u.a. 2009.
- Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart/München 2001